

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Wochentagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Ein Jahrgang 24,- RM. Zuständig: Verleger: Wilsdruffer Tageblatt, Wilsdruff. Druck: Wilsdruffer Druckerei, Wilsdruff.

Anzeigenpreise laut tarifgemäßem Tarif Nr. 4. - Nachzahlungs-Gebühr 20 Pf. - Einzelnummern 10 Pf. - Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostzen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 220 - 93. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 20. September 1934

Genfer Treppenwize der Weltgeschichte.

18. September, Tag des Eintritts Sowjetrußlands in den Völkerbund, — schnell schlägt man ein bißchen die Blätter der Erinnerung auf und stellt fest: Auf den Tag genau sind es drei Jahre her, als Japan in der Wandschurerei los schlug und das Gesicht des Fernen Ostens aufs gründlichste und überraschend schnell umbildete. Seit diesem Tage empfand die offizielle russische Politik eine ebenso schnell wachsende Sinnierung zum Völkerbund! Aber nicht minder rasch wuchs in Moskau die Sehnsucht nach der Erhaltung des Friedens. Denn vor drei Jahren, auf den Tag genau, hat man dort erkannt, daß man im Fernen Osten nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren hatte. Und einige Zuhörer der Antrittsrede Litwinows haben bei seinem Worte, der Krieg „sei die Gefahr von heute“, wohl gerade an diesem 18. September an die Kriegswolken weit hinten in der Wandschurerei gedacht, die dort nun schon drei Jahre hängen und bei denen der Völkerbund auf Sowjetrußlands Wunsch so etwas wie den — W o l k e n s c h i e b e r spielen soll. Er hat es ja schon einmal versucht — und das war damals ein recht unanbares Geschäft geworden, weil ihm die Folgen jenes 18. September 1931 eine furchtbare Blamage eintrug. Aber von diesem japanischen Streik redete man wohl nicht im Genfer Haus des Gehängens. Japan also, ein aus dem Völkerbund ausgeschiedenes Land, hat diesem Sowjetrußland sozusagen aufgedrängt. Und noch an anderes hat wohl dieser oder jener Zuhörer der Litwinow-Rede gedacht, als da so allerhand erzählt wurde von der eifrigen Beteiligung Sowjetrußlands an den „Arbeiten“ der unfaßt entlassenen Genfer Abrüstungskonferenz. Vieles ist da bei einigen Zuhörern die Erinnerung daran aufgetaucht, daß niemand anders als — D e u t s c h l a n d es war, das damals gegen den bestigen Widerstand der beiden Weltmächte Frankreich und England die Einladung an Rußland geradezu erzwungen hat. Weil an eine wirkliche Abrüstung in der Welt ohne Beteiligung Rußlands gar nicht zu denken war! In London und in Paris sträubte man sich aber aufs Hartnäckigste. Nun ist auch Deutschland aus dem Völkerbund ausgeschieden, nicht zuletzt deshalb, weil aus der ganzen Abrüstung nicht nur nichts geworden ist, sondern sie sich schließlich selbst umbrachte. Natürlich hat man in Genf auch von diesem Selbstmord nicht gesprochen, an dem Herr Litwinow ja nicht ganz unschuldig ist.

Während gehörte zu der russischen Delegation auch der Sowjetbotschafter in Rom, Herr Potemkin. Ein Mann seines Namens ist ja vor 150 Jahren mit einer etwas auriachen Berühmtheit in die Geschichte eingegangen: wegen der „Potemkinschen Dörfer“ nämlich, die dieser Fürst schnell aufbauen ließ, wenn er seiner Jarin allerhand vormachen wollte; auf die Fassaden, die diese Dörfer zu markieren hatten, fiel die sonst überaus kluge Jarin Katharina die Große auch prompt herein. Weil die Liebe bekanntlich sogar Jarinnen blind machen kann! Politischen Fassadenbau soll es dunklen Gerüchten zufolge aber auch heutzutage und nicht zuletzt in Genf selbst immer noch geben! Vor dreißig Jahren hatte ein anderer Potemkin auch eine Weltberühmtheit gewonnen. Der aber war ein russischer Panzerkreuzer, und auf ihm stieg der rote Winkel hoch, der das Signal zur ersten Revolution in Rußland gab. Dieses Ereignis hat ja dem russischen Volkswissenschaftler Stoff zu dem bekannten Film geliefert, ein Film schärferer Weltrevolutionärer Tendenzen, der aber in Frankreich, Italien und England nicht aufgeführt werden durfte! Nun gehörte ein dritter Potemkin zu der russischen Delegation, die höchst feierlich im Völkerbund aufgenommen und begrüßt wurde oder vielmehr: werden sollte. Denn mit der Feierlichkeit haperte es ein bißchen. Erst mußte man den Beginn der Aufnahmeprüfung um ein paar Stunden verschieben, weil Herr Litwinow mit der Fälschung seiner „Jungferrede“ sonst nicht fertig geworden wäre, und dann hat sich die Sowjetdelegation ganz heimlich, still und leise durch eine Hintertür des Parlamentsgebäudes des Genfer Großen Rates hineingeschlichen, wo die Völkerbundsversammlung über die Aufnahme vertrat. Und als die Aufnahme nach einigen Hindernissen beschlossen war, hatte sich der Einzug der sowjetrussischen Abgesandten bereits inzwischen derart geräuschlos vollzogen, daß der Völkerbundspräsident erst durch das plötzlich ausbrechende Händefalchen einiger sowjetbegeisterter Delegierter darauf aufmerksam gemacht wurde und sich nun das über Kopf in die offizielle Begrüßungsansprache stürzen mußte.

Aber die Treppenwize freilich, die sich an diesem 18. September die Weltgeschichte leistete, hat man in Genf nicht in die Hände gefaßt. Und ob ihm diese Geschichte später wirklich weislich spendet, ist vorläufig nur eine recht zögernd ausgesprochene Hoffnung des Präsidenten dieser Versammlung, die geschaffen worden ist, um als Hüter eines ganzen Hauses Tugenden zu fungieren. Da daß denn der Volkswissenschaftler eigentlich wohl doch nicht

Deutschland will den Frieden

Deutsch-französische Verständigung

Eine Erklärung des Stellvertreters des Führers Der „Intransigent“ veröffentlicht am Mittwoch in großer Aufmachung eine Erklärung, die der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, dem Vertreter des Pariser Blattes auf dem Nürnberger Parteitag gegeben hat. Diese Erklärung ist von Rudolf Heß gegenzeichnet. Das Blatt veröffentlicht gleichzeitig den Nachdruck einer kurzen schriftlichen Erklärung von Rudolf Heß folgenden Wortlaut: „Eine Verständigung mit Frankreich ist bei guten Willen auf beiden Seiten meines Erachtens unbedingt möglich.“

Rudolf Heß erklärte dem Vertreter des Blattes u. a. „Die Liebe Hitlers für den Frieden ist durch die Größe seiner moralischen Persönlichkeit gesichert. Ich kenne den Führer seit 1920. Ich bin eines der ersten Mitglieder der Partei gewesen und war ebenso wie der Führer verachtet und auch 6 Monate in der Festung Landsberg. Ich war in guten und schlechten Tagen an seiner Seite. Ich weiß, daß er für Deutschland große Pläne und große Pflichten hat, die in seinen Augen viel wichtiger sind als Erfolge die er mit den Waffen erzielen konnte. Er will auf geistigem Gebiet Großes für sein Volk und damit für die ganze Welt schaffen. Und Erfolge wie die, die er schon in

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erzielt hat — und die handelt es sich um einen friedlichen Sieg — sind für ihn die schönsten Verwirklichungen. Sein Nationalsozialismus wird den schönsten Ausdruck im Bau von Straßen und großen Neuschaffungen finden. Für die großen Aufgaben, die er sich auf den meisten Gebieten gestellt hat, und ganz sicher auf dem Gebiete der Kunst — denn er ist Künstler von Natur — braucht er Frieden und Ruhe für sein Volk.“

Eine Verständigung mit Frankreich ist bei guten Willen auf beiden Seiten meines Erachtens nach unbedingt möglich. Und es ist unbestreitbar, daß das deutsche Volk diese Verständigung wünscht. Es ist bezeichnend, daß kein anderer Passus der Rede des Führers so starken Beifall bei den Zuhörern ausgelöst hat, als die Erinnerung an seinen Wunsch nach einer Verständigung mit Frankreich, dem er in seiner kürzlichen Rede in Koblenz Ausdruck gegeben hat.

Hitler ist in seinen Reden das Sprachrohr des deutschen Volkes. Ich glaube sehr wohl, daß das französische Volk in seiner Mehrheit ebenfalls eine Verständigung wünscht. Ich möchte aber, daß sich auch die französische Regierung ebenso klar, wie es die Reichsregierung getan hat und sobald wie möglich für eine Verständigungspolitik ausdrückt, um praktische Verwirklichungen möglich zu machen.“

Gleichberechtigung und eine gerechte Lösung der Saarfrage

Forderungen, auf die wir nicht verzichten können.

Eine bedeutsame Rede des Reichsaussenministers. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hielt anlässlich der Schlußsitzung des Internationalen Strassenkongresses in Berlin eine außenpolitische Rede, in der er u. a. ausführte:

Wir glauben ein gutes Recht zu haben, zum Beweise der Richtigkeit der Politik unserer Staatsführung auf die bisherigen Erfolge der nationalsozialistischen Regierung hinzuweisen. Niemand kann an der einfachen Tatsache zweifeln und zweifeln, daß rund vierzehnhundert Millionen Arbeitsloser nach jahrelanger Arbeitslosigkeit wieder an ihre Arbeitsplätze gebracht worden sind. Die deutsche Landwirtschaft befindet sich ganz offensichtlich nach schwerer Krisenzeit auf dem Wege der wirtschaftlichen Gesundung. Die deutsche Industrie ist gleichfalls auf dem Wege der Gesundung.

Mit anderen Worten: Unser Binnenmarkt, das heißt die deutsche Wirtschaft, soweit sie von uns selbst abhängt, ist jetzt in Ordnung. Nicht in Ordnung ist freilich unser Außenmarkt, das heißt die deutsche Wirtschaft, soweit sie nicht von uns allein, sondern mit vom Ausland abhängt. Wir sind überzeugt, wir werden auch die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Außenmarktes überwinden.

Wenn Volk und Regierung eines Landes ihre Kräfte in solchen Maße für die innere Neugestaltung einsetzen, wie das in Deutschland der Fall ist, dann wird dadurch die Verfolgung aller Ziele imperialistischer Art nach außen von selbst ausgeschlossen. Das Fundament, auf dem die deutsche Regierung ruht, ist nicht so beschaffen, daß sie, um ihre Macht im Innern zu stabilisieren, zu den Mitteln einer Expansionspolitik nach außen hin greifen möchte. Bei einem Regime, das, wie das deutsche, die Wurzel seines Bestandes im tiefsten Grunde des Volkswillens hat und haben muß, steht ein solcher Weg völlig außer Betracht.

Auf diesem Programm stehen im Grunde nur zwei Punkte, in denen wir mit positiven Forderungen an die anderen Regierungen herantreten und auf deren Erfüllung wir bestehen müssen. Jene beiden Punkte sind: die Forderung, in der Frage der militärischen Rüstungen als gleichberechtigtes Land behandelt zu werden, und sodann die Forderung, die bevorstehende Regelung

der Saarfrage so durchgeführt zu sehen, wie das dem Gebot politischer Vernunft und den geltenden Vertragsbestimmungen entspricht. Zwei Forderungen, die das gemeinsam haben, daß sie nicht auf neuen äußeren Macht- und Besitzwerb, sondern lediglich auf die Schließung offener Wunden am deutschen Staats- und Volkskörper gerichtet sind.

Wenn diese oder jene Regierung die Gleichberechtigung Deutschlands noch glaubt in Zweifel stellen oder von besonderen Vorleistungen und Garantien abhängig machen zu können, so ist das für uns ein inakzeptabler Standpunkt.

Er läuft darauf hinaus, daß man Deutschland noch immer als einen Staat minderen Rechts behandeln will, und daß man ihm letzten Endes das Eingeständnis zumutet, durch seinen bloßen Willen zur Gleichberechtigung ein Verd der Unruhe und Unmöglichkeit der Kriegsgefahr zu sein. Genau umgekehrt:

ein Staat, der seine Grenzen nicht verteidigen kann, ist nicht nur kein selbständiger und unabhängiger Staat, sondern ist, wenn er mit ringsum offenen Grenzen inmitten hochgerüsteter Staaten liegt, gerade dadurch ein Anreiz für eine gefährliche Politik anderer Länder.

Als die Reichsregierung vor einem Jahre den Entschluß zum Austritt aus dem Völkerbund faßte, hat sie das, wie ich gerade heute vor Ihnen noch einmal wiederholen möchte, nicht getan, weil sie sich größere politische Bewegungsfreiheit hätte verschaffen wollen, oder weil sie an sich der politischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten abgeneigt wäre. Es ist lediglich geschehen, weil das unentbehrliche Fundament solcher Zusammenarbeit, die Gleichberechtigung, fehlte.

Deutschland steht wohl nicht allein mit der Ansicht, daß die Institution des Völkerbundes durch ihr völliges Versagen in der Abrüstungsfrage in ihren Grundpfeilern erschüttert worden ist.

Durch die bloße Rückkehr früherer oder den bloßen Beitritt neuer Mitglieder werden sich seine schweren Mängel nicht heilen lassen. Das gilt auch von dem jetzt vollzogenen Eintritt der Sowjetunion, einem sicherlich höchst interessanten Akt der politischen Entwicklung, zu dessen Bewertung wir allerdings nach unserem Austritt aus dem Völkerbund kein Recht mehr in Anspruch nehmen, wenn wir es auch an sich als richtig ansehen, alle Staaten zur Mitarbeit an den internationalen Aufgaben heranzuziehen.

Der grundlegende Gesichtspunkt der Gleichberechtigung hat der Natur der Sache nach seinen Einfluß auch auf unsere Stellungnahme zu einem anderen Problem gehabt, das in den letzten Tagen viel erörtert worden ist. Das ist das französisch-sowjetrussische Projekt des Doppeltes oder, wie manche ihn zu nennen wünschen, des Korboptaktis. Man ist klar und die Beteiligung an

ganz hinein! Aber „es gibt keine Euphorie in den Staatsgeschäften“ erklärte ein großes Pariser Blatt. Das aber ist kein Witz mehr, sondern für die Arrangure des Genfer Schauspiels eine brutal zugegebene Wirklichkeit.

Dr. Br.